

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1880

138 (20.6.1880)

Badischer Beobachter.

Bureau: Adlerstraße 18 in Karlsruhe.

№ 138.

Erscheint täglich (Montag ausgenommen).
Preis vierteljährlich 2 Mark 60 Pfennige,
wogu auswärts noch der Postzuschlag kommt.

Sonntag, 20. Juni.

Insertionsgebühr die gespaltene Zeile oder
deren Raum 12 Pfg., Reclamen 25 Pfg., bei
öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt.

1880.

Arbeiterwohl.

Verband Industrieller und Arbeiterfreunde.

Um dieses neue katholische Unternehmen auch unsererseits nach Kräften zu unterstützen und zu empfehlen, bringen wir hier eine nähere Mittheilung über den Zweck und die Einrichtung des Verbandes des Arbeiterwohls. Das neueste Heft (12) der „Christlich-socialen Blätter“ bringt nämlich darüber einen größeren Aufsatz, dem wir Folgendes entnehmen:

Um zu der konstituierenden Generalversammlung sich schon einer Anzahl Mitglieder zu versichern, versandte das provisorische Comité des Verbandes an verschiedene Industrielle und Arbeiterfreunde Deutschlands den Statutenentwurf nebst einer Einladung zum Beitritt, welche den Zweck des Verbandes kurz in folgender Weise auseinandersetzte:

„Pflicht und Interesse gebieten es einerseits, besonders den katholischen Industriellen, auf die materielle Sicherstellung, sowie auf die religiös-sittliche Bildung des Arbeiterstandes Bedacht zu nehmen — der besittuirt, religiös- und sittlich gebiegenste Arbeiter bietet naturgemäß auch die meisten Garantien für tüchtige Leistungen — andererseits ist es klar, daß die wirksame Bekämpfung der mit der Großindustrie für den Arbeiterstand verbundenen Nothlage und der dadurch der bürgerlichen Gesellschaft drohenden Gefahren mit Erfolg nur auf dem Boden des Christenthums angestrebt werden kann. Aufgabe des Verbandes wird es daher sein, allen auf die Hebung des Arbeiterstandes bezüglichen Einrichtungen, welche dem Geiste des Christenthums entsprechen und in dem beiliegenden Statutenentwurf größtentheils erwähnt sind, Unterstützung und Förderung angedeihen zu lassen.

Wir sind indessen überzeugt, auch der nicht industriellen Arbeiterfreunde nicht entbehren zu können, und erachten deshalb den Beitritt derer als wünschenswerth, welche Herz und Verstand für die Bedürfnisse des Arbeiterstandes haben. Das Wohlwollen und die geschäftliche Erfahrung arbeitsfreundlicher Industrieller, die auf das Studium der volkswirtschaftlichen Fragen gerichtete Wissenschaft, der Eifer derer, die mit Verständnis des Volkslebens unter dem Arbeiterstande die Werke der christlichen Nächstenliebe üben, die Munificenz aller derjenigen, welche einer edlen Aufgabe bereitwillig ihre Unterstützung leihen, werden in vereinter Thätigkeit an der Erreichung unserer Verbandzwecke mitwirken müssen. Auf diese Weise hoffen wir die vorhandenen zerstreuten Glieder der katholischen socialen Thätigkeit zu einem organischen Verbande zu sammeln, die Kenntniß erprobter Wohlfahrtsanstalten in den Kreisen der Industriellen selbst zu verbreiten, rüstige Kräfte, die dem Wohle des Arbeiterstandes sich widmen wollen, zu wecken und zu unterstützen, und allen unsern Verbandzwecken entsprechenden Bestrebungen zum Stütz- und Mittelpunkt zu dienen.

Kleine Mittheilungen.

(Daß Herr Pastor Michels) seinen Offenerburger Ausruf der „Landesbase“ zugeschickt hat, damit sie denselben als Beilage ihren Lesern mittheile, darüber haben wir uns sehr gewundert. Der Herr Pastor hätte doch wissen sollen, daß der Apostel Paulus ausdrücklich bemerkt hat: „Mulieres taceant in ecclesia!“ Weiber sollen in kirchlichen Angelegenheiten schweigen! (Die Londoner „Times“) bringt jetzt einen telephonischen Parlamentsbericht. Bekanntlich werden die Londoner Zeitungen während der Nacht gedruckt. Da aber auch das Parlament seine Sitzungen in der Nacht hält, so haben die Zeitungen große Mühe, den ausführlichen Parlamentsbericht am Morgen zu bringen. Sie bedienen sich dazu seit langer Zeit eines Stabes von Stenographen. Seit einiger Zeit ist aber die Gewohnheit eingegriffen, daß die hervorragenden Parlamentsmitglieder ihre Reden in sehr später Stunde halten. Da nun zugleich seit Kurzem die Londoner Morgenzüge eine Stunde früher abgelaufen werden, so wurde es äußerst schwierig, Reden, die nach 1 Uhr Nachts gehalten wurden, noch in extenso zu bringen; nach 2 Uhr aber ganz unmöglich. Alle nach der letzteren Stunde gehaltenen Reden konnten nur in kurzem Auszuge wiedergegeben werden. Dies wurde von Mitgliedern des Hauses so unangenehm empfunden, daß sogar ein Specialcomité ernannt wurde, um die Frage einer besseren Publikation

der Parlamentsberichte zu untersuchen. Die Eigenthümer der „Times“ haben diese Schwierigkeit nunmehr auf eigene Faust gelöst, und zwar mit Hilfe des Telephons, sowie einer verbesserten Schreibmaschine. Ein geschickter Sezer stellt in der Stunde ungefähr 40 oder höchstens 50 Zeilen her. Nach vielen Experimenten und Verbesserungen ist man in der Distanz der „Times“ in den Besitz einer Schreibmaschine gelangt, mittelst deren ein Arbeiter in einer Stunde, wenn er das Manuscript selbst liest, 100 Zeilen, und wenn es ihm vorgelesen wird, sogar 200 Zeilen setzen kann. Bereits seit einiger Zeit pflegte man die in der Nacht von Paris, Berlin und Wien mit dem Hughes-Apparate angelangten Telegramme dem Sezer an der Maschine direkt vom telegraphischen Streifen vorzulesen. Auf diese Weise ist es möglich geworden, das Wort des Sezers fast bis zu dem Augenblicke zu erstrecken, wo die Form zur Presse geht. Bei der Parlamentsberichterstattung hingegen wurde eine gewisse Zeit verloren, bis die Stenographen ihre Niederschriften entziffert hatten und bis die Reinschrift ihres Berichtes dem Sezer überliefert war. So standen die Dinge, bis das Telephon so weit verbessert war, daß man sich nunmehr praktisch darauf verlassen kann. Die Herausgeber der „Times“ haben sich die Erlaubniß der Stadtgemeinde verschafft, die erforderlichen Telegraphenbrüche zu legen; sie stellten eine neue Leitung zwischen dem Hause der Gemeinen und der Druckeret her, indem sie an beiden Enden eines

Das zunächst zu erstrebende Ziel würde daher sein, eine Centralstelle zu gründen, von der aus durch populäre Schriften, durch wissenschaftliche Arbeiten, durch Ertheilung gewünschter Auskunft und durch persönliche Anregungen im Sinne des Verbandes gewirkt wird. Ohne Zweifel wird eine derartige Einrichtung es den katholischen Industriellen wesentlich erleichtern, an der Hebung des Arbeiterstandes nach Maßgabe ihrer Kräfte mit Erfolg thätig zu sein.

In Folge dieser Einladung stellte sich die Zahl der Mitglieder auf 58, darunter 35 Industrielle und 23 Arbeiterfreunde. Da noch keine intensive Agitation stattgefunden, und die baldige Vetheiligung einer größeren Anzahl Gesinnungsgenossen in festerer Aussicht stand, so ließ das Comité sich durch diese verhältnismäßig geringe Mitgliederzahl von der Constatuirung des Verbandes nicht abschrecken, im Bewußtsein seines edlen und christlichen Strebens den Erfolg Dem anheimgebend, der aus einem kleinen Samenkorn einen stattlichen Baum hervorzuzüchten zu lassen vermag.

Nachdem am 19. Mai das provisorische Comité sich nochmals zur Durchberathung des Statuts und der Geschäftsordnung sowie zur näheren Vorbereitung der Generalversammlung im Karlsbause zu Aachen versammelt hatte, wurde diese am 20. Mai ebenfalls abgehalten. Um den Segen des Allerhöchsten auf das Werk herabzuschicken, fand am 8 Uhr Morgens in dem Münster eine hl. Messe statt. Gegen 10 Uhr eröffnete Freiherr v. Hertling die Generalversammlung, zu der außer dem provisorischen Comité sich noch eine kleine Anzahl Industrieller und Arbeiterfreunde eingefunden hatte.

Nach einer Ansprache des Herrn Vorsitzenden und einem kurzen Referate über die Entstehung und Entwicklung des Unternehmens durch Herrn Stiftsvicar Janzen wurde das Statut und die Geschäftsordnung verlesen und berathen und mit einigen kleinen Abänderungen einstimmig angenommen. Da somit der Verband „Arbeiterwohl“ gegründet war, erfolgte die Wahl des Vorstandes, welcher sich, da von den 10 6 Mitgliedern anwesend waren und die Zustimmung der 4 Abwesenden vorausgesetzt werden durfte, constituirte wie folgt:

Fabrikant Franz Brandts (M.-Glabbach), 1. Vorsitzender, Professor Freiherr von Hertling (Wonn), 2. Vorsitzender, Tuchfabrikant Clem. Straeter (Aachen), 3. Vorsitzender und Cassirer, Nadelfabrikant Louis Weibel (Aachen), Redacteur Arnold Bongartz (Nellingenhausen), Verginpector Heger (Auda), Generaldirector Hilt (Aachen), Domcapitular Dr. Christ. Mufong (Mainz), Salinendirector Emil Tillmann (Unna), Tuchfabrikant Matth. Wiese (Werden).

Auf den allgemeinen bringenden Wunsch der Versammlung übernahm das Vorstandsmitglied An. Bongartz vorläufig das Secretariat des Verbandes, bis sich eine geeignete Persönlichkeit zu dauerndem

Engagement für diesen Posten gefunden habe. Sitz des Verbandes wurde Aachen. Als Verbandsorgan wurden einstimmig die im Verlage der Gesellschaft für Buchdruckerei in Neuf erscheinenden „Christlich-socialen Blätter“ ausersehen. Die Verbandsmitglieder, welche mindestens 15 Mark jährlichen Beitrag zahlen, erhalten die „Christlich-socialen Blätter“ gratis, die anderen Mitglieder erhalten ebenfalls gratis jedes Vierteljahr die Publicationen des Verbandes zugesandt. Diese Publicationen werden bestehen außer den Referaten und Mittheilungen über Verbandsangelegenheiten aus belehrenden Aufsätzen über § 2 des Statuts, Beschreibungen bewährter Wohlfahrts-einrichtungen zu Gunsten der Arbeiter u. s. w. Nachdem als nächste Aufgabe der Verbands-thätigkeit die Gewinnung zahlreicher Mitglieder und die Beschaffung der nöthigen Geldmittel zur Erreichung der weiteren Ziele des Verbandes festgestellt war — in der Versammlung selbst wurden bereits namhafte regelmäßige und einmalige außergewöhnliche Beiträge zur Befreiung der ersten Agitations- und Organisationskosten gezeichnet — wurde die Generalversammlung gegen 2 Uhr geschlossen.

Das Statut des Verbandes lautet:

§ 1. Ausgehend von der Ueberzeugung, daß eine wirksame Bekämpfung der mit der Großindustrie verbundenen vielfachen Uebelstände und der dadurch der bürgerlichen Gesellschaft drohenden Gefahren nur auf dem Boden des Christenthums möglich ist, haben sich katholische Industrielle und andere Arbeiterfreunde Deutschlands zu einem Verbande vereinigt, um mit Ausschluß aller politischen Zwecke die Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes anzustreben.

§ 2. Der Verband sucht dieses Ziel zu erreichen durch Förderung der religiösen, sittlichen und materiellen Interessen des Arbeiterstandes; insbesondere:

- durch Unterstützung der auf Hebung christlicher Zucht und christlichen Lebens gerichteten Bestrebungen (Sorge für sittliche Führung der Arbeiter in den Fabriken, Sonntagsheiligung, kirchlich organisirte Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine, Mäßigkeitsvereine, gute Lektüre u. s. w.);
- durch Förderung einer größeren Annäherung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer im christlichen Sinne (persönlicher Verkehr mit den Arbeitern, Theilnahme an ihren Familienverhältnissen u. s. w.);
- durch Verbesserung der Wohnungsverhältnisse der Arbeiter (gesunde und billige Wohnungen), Sorge für billige Mietpreise u. s. w.);
- durch Sorge für die Erziehung, Ausbildung und Erholung der Arbeiter (Kinderbewahranstalten, Einrichtungen zur Erlernung der Haushaltung und weiblicher Handarbeit, Unterricht in den Elementar- und technischen Fächern, gesellige Vereine u. s. w.);
- durch Wohlfahrtsanstalten unter Mitwirkung

der laut sprechenden Telephone von Edison anbrachten. Durch diese Einrichtung wird der Sezer an der Schreibmaschine in directe Verbindung mit dem Berichterstatter im Parlamente gebracht, und die Verhandlungen können so noch um drei Viertelstunden länger verfolgt und im Morgenblatte reproduzirt werden. Die Aufzeichnungen des Berichterstatters werden in einem an die Journalisten-Galerie anstoßenden Raume in das Telephon gesprochen, und der Sezer an der Maschine sitzt so, daß seine Ohren zunächst der Mündung des Endinstrumentes sich befinden, welches etwas oberhalb hinter dem Sezer angebracht ist. Am Discus des Telephons sind zwei trompetenartige Mündungen angebracht, welche sich den Ohren des Sezers nähern. Letzterer ist außerdem mit einem Sprechinstrumente ausgerüstet und mit einer Taste, um eine Klingel zu bewegen und um Signale mit dem Hause auszutauschen, durch welche die Bereitschaft und das Verständniß für die übermittelte Rede vorbereitet werden kann. Bei irgend einem Zweifel genügt ein Signal der Glocke, um eine Wiederholung der etwa mißverständlichen Worte zu veranlassen. Entsteht zum Beispiel ein Zweifel über einen Namen, so wird durch Glockensignal verlangt, daß er buchstabirt wird.

(Da die Herren Juden) sich durchaus nicht: Juden, Semiten, Hebräer oder Israeliten nennen lassen wollen, so erlauben wir uns den unmaßgeblichen Vorschlag: man wolle ihnen fortan den doch gewiß höchst preislichen Namen: **Mazzebonier** verleihen. (Wahrheit.)

der Arbeiter (Krankenkassen, Sparkassen, Unterstützung- und Vorschußkassen, Altersversorgungskassen, Wittwenkassen, Schiedsgerichte, Beschaffung von billigen Lebensmitteln, Bekämpfung des Borgsystems etc.);

- f) durch Einrichtungen zur Pflege der Gesundheit der Arbeiter (gute Ventilation der Fabrikräume, Waschanstalten, Fürsorge für Wöchnerinnen, Beseitigung zu langer Arbeitszeit, thunlichste Beschränkung der Kinder- und Frauenarbeit u. s. w.);
- g) durch Einrichtungen zum Schutz für Leben und Gesundheit der Arbeiter (Sicherheitsvorrichtungen, wirksame Versicherung der Arbeiter gegen Unfälle u. s. w.).

§ 3. Der Verband besteht aus wirklichen Mitgliedern und Ehrenmitgliedern. Wirkliche, d. h. allein stimmberichtigte Mitglieder können nur Katholiken sein. Die Aufnahme geschieht durch den Vorstand nach vorhergegangener Anmeldung. Ehrenmitglieder werden vom Vorstand ernannt.

§ 4. Der Vorstand besteht aus zehn Mitgliedern, von denen mindestens 6 Industrielle resp. Beamte industrieller Etablissements sein müssen. Er wählt aus seiner Mitte den Präsidenten, den ersten und zweiten Vicepräsidenten und ernannt einen Secretär, dem er das Stimmrecht im Vorstand erteilen kann, sowie einen Kassirer.

§ 5. Alle zwei Jahre scheidet die Hälfte der Vorstandsmitglieder aus, das erste Mal durch's Loos; die ausscheidenden Mitglieder sind wieder wählbar.

§ 6. Der Vorstand beruft mindestens einmal im Jahre eine Generalversammlung.

§ 7. Die Höhe des Jahresbeitrages ist dem Ermessen der Mitglieder anheimgegeben, jedoch beträgt der geringste Beitrag fünf Mark.

§ 8. Alle bezüglichen Mitteilungen erfolgen durch ein Verbandsorgan, welches insbesondere zum Austausch von Ideen und Erfahrungen auf dem Gebiete der Verbandsbestrebungen dient.

§ 9. Die Generalversammlung wählt den Vorstand, setzt die Geschäftsordnung fest, beschließt über Abänderung des Statuts und über die Auflösung des Verbandes.

Alle Briefe und Sendungen in Verbandsangelegenheiten sind vorläufig zu richten an den Verbandssecretair Arn. Bongark, Redacteur der „Christl.-soc. Blätter“ in Kellinghausen bei Essen.

Röge es dem Verbandsorgane gelingen, recht zahlreiche Mitglieder und Gönner zu erwerben und recht viel Gutes zur Ehre Gottes und zum Wohle des Arbeiterstandes und damit auch der gesamten Industrie zu wirken!

Tagesbericht.

* Karlsruhe, 19. Juni.

Deutsches Reich. Se. Majestät der Kaiser hat am Donnerstag Vormittag die regelmäßigen Truppenbesichtigungen beendet und sich mit Anerkennung über die Leistungen der Truppen ausgesprochen. Daß Se. Majestät diese militärischen Obliegenheiten trotz Hitze und Regen mit gewohnter Ausdauer erfüllen konnte, ist ein erfreuliches Zeichen für die körperliche Rüstigkeit des hochbetagten Monarchen. Am Nachmittag hatten die Mitglieder der Botschafter-Conferenz sammt ihren technischen Beträthen und den beiden Protokollführern die Ehre an der kaiserlichen Tafel zu diniren. Außerdem waren auch der Kronprinz und Fürst Bismarck geladen worden. Ueber die Arbeiten der Botschafter-Conferenz dringt Nichts in die Oeffentlichkeit; das Geheimniß wird so gut gewahrt, daß man sogar nicht einmal den nächsten Sitzungstag im Voraus weiß, nur soviel erfährt man, daß eine vollständige Uebereinstimmung zwischen den Mächten besteht. — Am 17. c. fand in Berlin in den Räumen der internationalen Fischerei-Ausstellung in Gegenwart des Kronprinzen, des Präsidiums des deutschen Fischerei-Vereins und der sämtlichen Ausstellungs-Commissare die Preisvertheilung statt. Die Ansprache hielt der Ehren-Präsident der Ausstellung, Landwirthschafts-Minister Lucius.

Preußen. Der zweite Tanz um die „Schälmei“-vorlage hat gestern begonnen und Artikel 1 ist gefallen. Ziehen wir alle Vorgänge, die sich auf die kirchenpolitischen Zustände beziehen und sich zwischen der ersten und zweiten Lesung der „Schälmei“-vorlage abspielten, in Betracht und nehmen wir den Verlauf der gestrigen Debatten hinzu, so kommen wir zu dem Schluß, den übrigens Abg. Reichensperger gestern offen ausgesprochen hat: es ist der Regierung gar nicht Ernst mit der Vorlage. Man sehe sich nur einmal die Haltung der Nationalliberalen und namentlich der Freiconservativen an und man wird finden, daß sehr Vieles für unsere Meinung spricht. Wann haben schon jemals diese Bismarckianer sans phrase es gewagt, einer Regierungsvorlage so zu opponiren, wenn der Fürst Reichskanzler auf ihrer Annahme bestand? Jetzt ist's aber so; das ist aus dem Culturkampf-Rationalismus dieser Fraction allein nicht zu erklären, sondern es ist vielmehr anzunehmen, daß sie sich im Geheimen mit dem Fürsten Bismarck im vollen Ein-

verständnis weiß. Vielleicht, meint die „Niederrh. Volksztg.“, liegt die Sache so — Anhaltspunkte gibt's dafür eine Menge — Bismarck hat die Vorlage auf Drängen hochgestellter Personen gegen seine Absichten eingebracht; er erweckt nun nach Oben den Schein, als thue er sein Bestes, der Vorlage die Annahme im Parlamente zu sichern. Fällt dann die Vorlage, so weist der Kanzler an gewisser hoher Stelle darauf hin, daß die Volksvertretung es so gewollt habe; er ist nach Oben gerechtfertigt und hat nebenbei die Genugthuung, die Vorlage, welche er nur auf Drängen eingebracht, fallen zu sehen. — Abg. Frhr. von Schorlemer-Alt hat eine Interpellation eingebracht, des Inhalts, ob die Regierung bereits Ermittlungen angeordnet habe, ob und inwieweit die ungünstigen Witterungsverhältnisse des Winters und Frühjahrs den Ernteertrag in Frage stellen, um rechtzeitig, falls Nothstände in einzelnen oder mehreren Landestheilen zu erwarten sind, Maßregeln zu deren Abwendung treffen zu können. — Abg. von Suene interpellirt die Regierung darüber, welche Maßregeln getroffen worden seien, um der Wiederkehr eines Nothstandes in Oberschlesien vorzubeugen und wie weit die in den Nothstandsdistrikten in Aussicht genommenen Eisenbahnbauten vorbereitet seien. — Zum Präsidenten der Seehandlung ist der Ministerialdirector Rötger ernannt, an seiner Stelle das Amt eines Ministerialdirectors für Forsten und Domänen im landwirthschaftlichen Ministerium dem Geheimen Ober-Finanzrath Scharnow übertragen, und der Posten eines Regierungs-Präsidenten in Marienwerder durch den bisherigen Regierungs-Vicepräsidenten in Schleswig, v. Massenbach, welcher früher Landrath in Posen und früher als Ober-Regierungsrath dort Commissar der bischöflichen Vermögens-Verwaltung war, besetzt worden.

Belgien. Ein kostbares Geständniß legt die „Flandre liberale“ ab; sie sagt: „Wir müssen unsern Gegnern zugeben, daß ohne die letzten Wahlgesetze sie auf der ganzen Linie Sieger geblieben wären.“ Wenn das Ministerium daher nicht am 8. Juni gestürzt worden ist, so verdankt es dies weniger den Wählern, die für dasselbe gestimmt haben, als vielmehr seiner Ungerechtigkeit, wodurch es eine Menge Wähler verbündet hat, gegen dasselbe zu stimmen.

Rußland. Aehnlich wie in England scheint man jetzt auch in Rußland Frieden machen zu wollen, wenigstens hat sich in den letzten Tagen in Petersburg unter den Auspicien des Herzogs Peter von Oldenburg und unter Aufsicht verschiedener Mitglieder des Kaiserhauses und namhafter hoher Beamten, wie beispielsweise des Ministers Walujew, mit Zustimmung des Kaisers eine sog. Friedensliga aufgethan, welche den Zweck verfolgt, „der Welt den Frieden zu geben, und zwar den inneren wie den äußeren; diesen, indem man ein Tribunal und wäre es auch nur das Tribunal der öffentlichen Meinung, schafft, welches das Recht an die Stelle der Gewalt setzt; jenen, welcher die Sicherheit der Throne und die Zufriedenheit der Hütten gründet.“ Das klingt gewiß sehr schön, doch sind wir nach den Erfahrungen, die wir mit der heiligen Allianz gemacht haben, gegen dergleichen Ideale und humane Bestrebungen in Rußland, besonders wenn sie mit hoher obrigkeitlicher Bewilligung in Scene gesetzt werden, immer etwas mißtrauisch geblieben. Es pflegen gewöhnlich sehr reale und praktische Zwecke dahinter zu stehen. Die Möglichkeit eines europäischen Tribunals sehen wir wohl, aber was uns fehlt, ist der europäische Gerichtsvollzieher.

Italien. Aus Rom wird der „Germ.“ geschrieben: „Die Sensationsnachricht der „Köln. Ztg.“, daß die römische Kurie durch den Cardinal Jacobini ihre Bereitwilligkeit zur Wiederaufnahme der Unterhandlungen mit der preussischen Regierung ausgesprochen habe, wird von allen hier in die Geschäfte Eingeweihten als eine Erfindung bezeichnet. Nicht als ob der hl. Stuhl nicht stets bereit bliebe, eine ihm wieder dargebotene Hand zum Friedensschlusse zu ergreifen; aber da er seine Hand nie zurückgezogen und den Abbruch der Unterhandlungen nicht verschuldet hat, so ist er auch nicht in der Lage, zuerst die Wiederannäherung zu betreiben, und um auf ein etwaiges gegnerischerseits gemachtes Anerbieten einzugehen, müßte er die Gewißheit haben, daß dieses ernst gemeint sei, und daß die einmal festgestellte Grundlage der Unterhandlungen nicht mehr verändert werde. Cardinal Jacobini, dessen Rückkehr hierher gleich nach Abbruch der Unterhandlungen als sehr nahe bevorstehend bezeichnet wurde, wird voraussichtlich noch auf einige Zeit in Wien bleiben müssen, nicht wegen der kirchenpolitischen Verhältnisse in Preußen, sondern wegen der kirchlichen Angelegenheiten in anderen an Oesterreich-Ungarn grenzenden Ländern, deren Ordnung ihm ebenfalls obliegt.“

Ägypten. Der Khebidive hat seine Abreise nach Konstantinopel verschoben, weil man eine Verschwörung entdeckt haben soll, deren Ziel es war, während der Abwesenheit des Khebidive denselben zu entthronen und den Er-Khebidive Ismail Pascha wieder zurückzurufen. Nach der „N. Fr. Pr.“ waren es dieselben Männer, die vor 1/4 Jahren die Disziplin-Comitee zum Sturze der englischen und französischen Minister angestiftet

hatten. An der Spitze dieser mit der Vormundschaft Europa's unzufriedenen Paschas stand Nubar, der Vielgerühmte. Das Schlagwort der Conspiration war die Abschaffung der Mutabalas. Sie bestürmten die Gerichte und die europäische Commission mit in diesem Sinne abgefaßten Petitionen, in welchen ganz offen erklärt wurde, daß, wenn die Paschas ihr angebliches Recht nicht erreichen sollten, sie an den „Säbel“ appelliren würden. Endlich gelang es dem Cabinet-Chef Niaz Pascha mit Unterstützung der Consuln, den Khebidive zu Maßregeln zu bewegen, welche der gefährlichen Agitation ein Ziel setzten. Viele Personen wurden verhaftet und Papiere saßirt, welche beweisen, daß eine allgemeine Revolution geplant wurde. Einige Paschas wurden confiscirt, und Nubar Pascha hat sich am 8. ds. in Alexandrien nach Triest eingeschifft.

Preussischer Landtag.

F.Z. Berlin, 18. Juni.

Abgeordnetenhaus. Zweite Lesung der kirchenpolitischen Vorlage. Nachdem Referent Grim in über die zum Gesetzentwurf eingegangenen Petitionen berichtet, wird die Rednerliste festgestellt; es sind 9 Redner für und 8 gegen Artikel 1 angemeldet. Reichensperger (Olpe) befreitet, daß es der Regierung Ernst mit der Vorlage sei, und daß sie wirklich derselben so große Wichtigkeit beilege; wie sie behaupte. Das sei die Haltung der Liberalen und Freiconservativen. Die Centrumpartei wüßte den Katholiken sehr die Erleichterungen, welche die Vorlage enthalte; aber die Bedenken, welche die Diktatur der Regierung erzeuge, müßten zur Ablehnung der Vorlage drängen. Redner erklärt sich weiterhin speziell gegen das sog. Culturexamen, dessen Beseitigung er für dringend geboten hält. v. Rödiger will nicht im Namen seiner Partei sprechen; er wüßte die unveränderte Annahme der Regierungsvorlage und würde nur insoweit Amendements zulassen, als es erforderlich käme, um die Annahme des Gesetzes zu sichern. Gneist bemerkt: er spreche nicht im Namen seiner Partei, welche ernste Bedenken hege, ob und wie weit sie der Regierung entgegenkommen könne, ohne die Würde des Staates zu verlegen. Der Kampf sei entstanden durch den Widerstand der Kirche gegen die Anzeigeverpflichtung. Wenn der Staat sich entgegenkommend zeige, so erkenne er an, der schuldige Theil gewesen zu sein. Der Angelpunkt des ganzen Streites sei und bleibe die Frage: Hat die Kirche das Recht und die Pflicht, die Anzeige dem Staate zu verweigern? Der Widerstand und der ganze Kampf sei ungerechtfertigt, deshalb habe sich die Kirche und das katholische Volk die traurigen Folgen selbst zuzuschreiben und dürfe von keinem Martyrium reden. Mit Artikel 1 sei er einverstanden, da er von der Nothwendigkeit gefordert sei und weil mit demselben niemand mehr glauben werde, daß der Staat die Kirche bekämpfe und den Glauben unterdrücke, wenn das Centrum den Artikel ablehne. Er und seine Freunde würden für das Gesetz stimmen, wenn die Artikel 4 und 9 entfernt würden. Der Cultusminister wendet sich gegen die Ausführungen der Vorredner, welche sich gegen das Gesetz aussprachen. Da die Commissionsberatungen pro nihilo gewesen, könne es sich nur um die Regierungsvorlage handeln. Die Ansicht, daß die Haltung einer Partei zeige, wie wenig der Regierung an der Vorlage liege, sei vollständig unbegründet. Die Regierung gehe solidarisch vor in Erfüllung ihrer Pflicht gegen das Vaterland, ohne sich im geringsten von den Parteien irgendwie beeinflussen zu lassen. Die Vorlage sei keine halbe und keine ganze Umkehr, sondern wolle einzig und allein dem Volke den Frieden wiedergeben. Die Vorlage sei keineswegs geeignet, irgendwie zu corrumpiren oder zu hinterlistigen Zwecken benutzt zu werden; sie solle in loyalster Weise ausgeführt werden. Das Centrum habe stets den Fehler begangen, in den Maizegehen eine Verfolgung der katholischen Kirche zu sehen. Das sei grundfalsch. Das Amendement Brühl wie alle von dem Centrum eingebrachten, welche die Aufhebung der Maizegehe wollen, seien unannehmbar. Das Amendement v. Vandamer und Genossen weiche in 4 Punkten von der Vorlage ab, doch ließe sich darüber eine Verständigung herbeiführen, wenn man sich dazu verstehen sollte, den von den Conservativen gestrichenen Absatz der Vorlage anzunehmen, wonach die Regierung bestimmen kann, inwieweit und unter welchen Voraussetzungen Personen, welche ausländische Bildungsanstalten besuchen, vom geistlichen Amte fernzuhalten seien. Der Minister schließt mit der Bitte, die Regierungsvorlage unverändert anzunehmen, um zunächst der Vorlage eine feste Grundlage zu sichern. Nachdem noch Brühl für Beseitigung des Culturexamens gesprochen und Schmidt (Sagan) die Anzeigepflicht und die Unterwerfung unter die Staatsgesetze als unumgänglich bezeichnet hat, folgt Abstimmung über Artikel 1, der mit 206 gegen 180 Stimmen abgelehnt wird. Nächste Sitzung Morgen.

Vermischte Nachrichten.

* **Darmstadt, 17. Juni.** Der Muttermörder Pfaff wurde gestern früh 5 Uhr im Hofe des Darmstädter Zuchthauses in aller Stille hingerichtet. [Näherer Bericht folgt.]

* **Darmstadt, 18. Juni.** Die Zeitschrift der hessischen landwirthschaftlichen Vereine veranschlagt den durch Frost verursachten Schaden an den Obstbäumen im Großherzogthum Hessen auf 6 bis 7 Millionen Mark; mehr als der dritte Theil sämtlicher Obstbäume sei erfroren und es werde eine Zeit von 14 bis 16 Jahren erforderlich sein, um den Verlust zu ersetzen.

* **Frankfurt, 17. Juni.** Ueber die flüchtigen Bankiers Gebrüder Sachs bringt die „Frankf. Wtsztg.“ folgende Notiz: Der Vater der nun sicher „hochfeinen“ Gebrüder, der bekanntlich verhaftet ist, begann seine geschäftliche Carrière als Hausfrevler mit Streichriemen für Barbier. Seine Söhne betrieben das Barbiergeschäft dann auf finanziellem Gebiete; sie machten ihre Schule in Köln und Berlin, waren während der Schwindeljahre in Wien, wo sie im Krach verschwanden, und beglückten endlich Frankfurt, von wo aus sie, wie es scheint, ganz Süddeutschland eingeseift haben.

* **München, 17. Juni.** Die von gestern gebrachte Notiz, wonach die Gattin und Tochter (v. d. Tann) eines höheren Offiziers aus der Untersuchungshaft entlassen worden sei, wird von München aus offiziell demontirt.

* **Sabana, 11. Juni.** Als heute der spanische Kriegsdampfer „Cuba Espanola“ in Santiago de Cuba einfuhr, plagte sein Kessel, wodurch 20 Personen auf der Stelle getödtet und 113, darunter 88 spanische Soldaten, mehr oder weniger erheblich verletzt wurden.

Baden.

* **Karlsruhe, 19. Juni.** Die Demokraten proclamiren für die Stichwahl im 9. Wahlkreise Wahlenthaltung. Wir fordern unsere Gefinnungsgegnossen auf, bis auf den letzten Mann an der Urne zu erscheinen und ihre Stimmen für Oberkirchenrath Mühlhäuser abzugeben.

* **Karlsruhe, 19. Juni.** Die „Bad. Landeszeitung“ durchsöhbert neuerdings wieder mit einem Eifer, der wahrlich eines Besseren würdig wäre, alle Blätter und Blättchen nach Schmäheartikeln gegen den Katholicismus und das Centrum, die sie dann mit Befagen ihren Lesern aufischt. In Nr. 142 I. Bl. bringt genanntes Blatt einen solchen aus der „Köln. Ztg.“ und versteht ihn mit ihrem Probatum: „Wir unterschreiben jedes Wort.“ Es sollte uns sehr wundern, wenn wir diesem Ausbruch eines geifernden Fanatikers nicht in der nächsten Nummer der „Konst. Zeitung“ begegneten, denn er enthält ein so wunderbares Gemisch von gemeinen Lügen und unqualifizirbaren Angriffen gegen die katholische Kirche, das Papstthum, die Jesuiten, das Centrum und seine Wähler, andererseits aber auch von unfreiwilliger Komik, wie es bei uns nur die „Landeszeitung“ und die „Konstanzer Zeitung“ zu bieten vermögen.

* **Karlsruhe, 18. Juni.** Der „Konst. Amtsverklünder“ erfrecht sich über die kath. Studentenverbindungen, speziell über die Freiburger „Arminia“ Folgendes zu schreiben:

„Diese Bruderschaften, welche das Studentenwesen karrikiren, indem sie bunte Mägen tragen, ohne daß sie in die darunter befindlichen Köpfe ein Lichtstrahl moderner Denkwiese dränge, und indem sie sich mit farbigen Bändern schmücken, ohne daß die Brust, die darunter liegt, einmal beim Gedanken an Freiheit und Vaterland sich höher hebt, sie scheinen jetzt bestimmt, als Pflanzstätten des Ultramontanismus wieder eine größere Rolle zu spielen.“

Dieser Galleerguß der „Konst. Ztg.“ ist wie gesagt hauptsächlich gegen die „Arminia“ gerichtet, der noch vor kurzem Seine Königl. Hoheit unser Großherzog so sprechende Beweise seiner Huld gegeben hat. Eine solche gemeine Verdächtigung kann sich nur ein Macher der „Konst. Ztg.“ erlauben; der Mensch nur kann so ohne Weiteres den Patriotismus eines Anderen bezweifeln, der dann erst in sich selbst eine patriotische Regung spürt, wenn amtliche Inserate seinen Selbstbeutel füllen.

* **Karlsruhe, 18. Juni.** Zur Betreibung der Steuer-Gefälle haben im Großherzogthum während des Jahres 1879 nicht weniger als 240,000 Mahnungen und 38,000 Fahrnißpfändungen stattfinden müssen.

* **Karlsruhe, 17. Juni.** In Folge der Bestrebungen des Reichstanzlers, die Städte Hamburg und Bremen, welchen durch Artikel 34 der Reichsverfassung gewährleistet ist „mit einem dem Zweck entsprechenden Bezirke ihres oder des umliegenden Gebietes als Freihäfen außerhalb der gemeinschaftlichen Zollgrenze zu bleiben, bis sie ihren Anschluß in dieselbe beantragen“, durch einen mächtigen Druck zu diesem Antrage zu veranlassen, hat sich in dem zunächst gefährdeten Hamburg ein Comité gebildet, welches unter Anderm durch Flugschriften die Erhaltung der hanseatischen Freihafenstellung als ein nationales Bedürfnis nachzuweisen sucht. Bis jetzt sind drei solche Flugschriften von je 16 Seiten versendet worden. Dieselben sollen zunächst fünf Sätze bekämpfen, die vornehmlich gegen die Freihafenstellung Hamburgs vorgebracht zu werden pflegen — die angebliche Verkümmernung Hamburgs in Folge seiner wirtschaftlichen Isolirtheit; — daß die deutsche Produktion in Folge der Stellung Hamburgs außerhalb der gemeinsamen Zollgrenze gezwungen sei, auf dem hamburgischen Markte die ausländische zollfreie Concurrenz zu bestehen; — daß der Zollausschluß Hamburgs die Bildung großer Lager inländischer Fabrikate, welche den überseeischen Verkäufer anziehen, daselbst verhindern; — daß in Folge des Ausschlusses der Hamburger Unternehmungsgeist sich den nationalen

Aufgaben entziehe; — daß die Freihafenstellung Hamburgs den freien Verkehr der preußischen Provinzen unter einander verhindere und gleichzeitig das gesammte Hinterland vom Meere trenne. Im Einzelnen wird darzulegen unternommen, daß diese fünf Sätze unbegründet seien. Zudem wird unser eigenes Urtheil lebhaft vorbehalten, scheint uns jedenfalls die in der ersten Flugchrift ausgesprochene Bitte gerechtfertigt, eine wirtschaftliche Frage von so großer Bedeutung einer ruhigen und unparteiischen Prüfung zu unterziehen.

□ **Aus dem IX. Reichstagswahlbezirk, 17. Juni.** Die Nummer 134 des „Freib. Boten“ vom 15. d. M. schreibt den schlechten Ausfall der Reichstagswahl dem guten Namen der Firma Klumpp-Katz zu. Das ist wohl richtig und von Seiten der Nationalliberalen klug ausgeplant worden. Ein anderer Umstand aber, der zu diesem absonderlichen Wahlergebnisse beigetragen hat, liegt in der Anwendung brutaler Gewalt, welche vornehmlich von den Forstbeamten des Murgthal auf die im Walde beschäftigten Arbeiter ausgeübt wurde. So hat z. B. der Oberförster vom Kaltenbronnen die Wahlzettel für Klumpp von Gernsbach aus dorthin mitgenommen und an die armen Tagelöhner vertheilt. Unter stromendem Regen mußten diese wie Sklaven ihren Heimathsorten zufliehen, um den Willen des Herrn Oberförsters zu erfüllen. Was thut aber so ein armer Tagelöhner heutzutage nicht, damit ihm der Verdienst erhalten bleibt? So ein Vollblutnationalist denkt nicht daran, daß dadurch der Charakter einer Bevölkerung corrumpt wird. Nicht anders als Corruption ist es, Leuten eine andere Handlungsweise aufzudrängen, als wie sie mit ihren Gefinnungen und Anschauungen harmonirt. Die Gefinnung des katholischen Murgthalvolkes ist aber eine wesentlich conservative, von den ungläubig zerstörenden Anschauungen des Nationalliberalismus verschiedene. Indem die Organe der nationalliberalen Partei diesen konservativen Charakter der katholischen Bevölkerung des Murgthales so rüchichtslos unter die Füße treten, geben sie nicht unbedeutend zu verstehen, daß ihre ganze Partei die Signatur der Ehrbarkeitslosigkeit auf der Stirne trägt.

□ **Heberlingen, 18. Juni.** Es wird in den Zeitungen berichtet, daß der Oberbürgermeister nicht dulden wolle, daß ein Stipendiat, welcher bei den Jesuiten seine Studien mache, ein kurfürstliches Stipendium genieße. Hier sind nämlich eine größere Zahl theologische Stipendien zu vergeben, darunter 3 Hildesbrändische mit jährlich 300 Mark und 10 Kurfürstliche mit je 360 Mark. Einfeinder dieses hat nun seiner Zeit einmal den kurfürstlichen Stipendienbrief gelesen. Darin wird gefordert, daß der Stipendiat bei den „berühmten Jesuiten“ in Freiburg im Breisgau oder in Dillingen studiere, auch soll der Stipendiat das tridentinische Glaubensbekenntniß ablegen und von einem katholischen Pfarrer Zeugniß besitzen, daß der Stipendiat zum Studium der katholischen Theologie fähig sei. Diese Bedingungen sollen nun, so weit möglich, eingehalten werden. Will nun ein Stipendiat in Feldkirch bei den „berühmten Jesuiten“ studieren, so macht er sich zwar damit unfähig zur Anstellung in Deutschland, aber derselbe kann ja außerhalb Deutschlands der katholischen Kirche dienen und so den Absichten des Stiffters nachkommen. Aber auch die Ablegung des Glaubensbekenntnisses und das Zeugniß eines römisch-katholischen Pfarrers dürften auch jetzt noch abverlangt werden. Es würde nichts schaden. Hat doch der altkatholische Pfarrer Leuthner in Singen während seines Studiums an der altkatholischen Fakultät in Bonn auch katholische Stipendien von hier genossen. Wenn Leuthner in Singen das tridentinische Glaubensbekenntniß abgelegt und ein Zeugniß eines römisch-katholischen Pfarrers hätte beibringen müssen, wäre er wohl nicht in Genuß hiesiger theologischer Stipendien gekommen resp. geblieben. Wir wollten hiermit nur darauf aufmerksam machen, daß man auf die strikte Ausführung der Stiftungsbriefe, so weit möglich, zurückkomme.

lokales.

* **Karlsruhe, 19. Juni.** (Ausstellung.) Ein Theil der für die Ausstellung in Mannheim bestimmten Zeichnungen der großherzoglichen Kunstgewerbeschule ist Sonntag, den 20. Juni von 11—1 und 2—4 Uhr und während der kommenden Woche von 10—12 und 2—4 Uhr im obern Saale der Landesgewerbehalle zur öffentlichen Besichtigung ausgestellt.

(Schwurgericht.) Tagesordnung des Schwurgerichts des Kreises Karlsruhe für das 2. Quartal 1880. Montag, den 21. Juni d. J., Vorm. 8 Uhr: Anklage gegen Karl Heißler von Mingolsheim, z. B. hier wegen Brandstiftung. Dienstag, 22. Juni, Vorm. 8 Uhr: Anklage gegen Franz Müller von da wegen Anstiftung zum Meineid. Mittwoch, 23. Juni, Vormittags 8 Uhr: Anklage gegen Michael Hermann von Wimsheim wegen Urkundenfälschung und Betrugs. Nachmittags 4 Uhr: Anklage gegen Friedrich Haage von Huchenfeld wegen Verbrechens gegen die Sittlichkeit. Donnerstag, 24. Juni, Vorm. 8 Uhr: Anklage gegen Ferdinand Schmann, Gemeindevorsteher von Stausenberg wegen Unterschlagung im Amt. Nachmittags 3 Uhr: Anklage gegen Friedrich Säß von Ruppurr,

Friedrich Hofeinz von da und Wilhelm Walch von Büchenbronn wegen Straßenraubs und Körperverletzung. Freitag, 25. Juni, Vorm. 8 Uhr: Anklage gegen Maier Benjamen von Königsbach und Hermann Brenk von Forzheim wegen betrügerischen Bankerutts, Betrugs und Beihilfe. Samstag, 16. Juni, Vorm. 8 Uhr: Anklage gegen Karl Bruser Ehefrau von Weingarten wegen Brandstiftung. Montag, 28. Juni, Vorm. 8 Uhr: Anklage gegen Johann Breger und dessen Ehefrau von Sulzfeld wegen Meineids. Mittwoch, 30. Juni, Vorm. 8 Uhr: Anklage gegen Friedrich Kübler, jun. von Bröhlingen wegen Brandstiftung. Nachmittags 3 Uhr: Anklage gegen Karl Herold von Gochsheim wegen Meineids und Unternehmens der Verleitung dazu. Donnerstag, 1. Juli, Vorm. 8 Uhr: Anklage gegen Jaat Liebmann von Bruchsal wegen einfachen und betrügerischen Bankerutts.

(Concerte, Versammlungen, Unterhaltungen etc.)

Der Verein „Froh Sinn“ veranstaltet heute Abend eine gesellige Unterhaltung. — Im Garten der Gesellschaft „Eintracht“ findet heute Abend bei günstiger Witterung ein Gartenconcert statt, verbunden mit einer Illumination. Bei ungünstiger Witterung wird das Concert am nächsten Montag abgehalten. — Zu Ehren der morgen mit einem Jagen „Bergnügungs“ zug hier eintreffenden Freiburger Gäste findet Nachmittags 3 Uhr im Stadtgarten ein Gartenfest, verbunden mit einem Militärcconcert der Wittge'sche Capelle statt. Bei Regenwetter spielt die Capelle in der Festhalle; Von 11 bis 1 Uhr findet im „Grünen Hof“ ein Frühchoppen-Concert von einem Theil der Kapelle des 3. Bad. Dragoner-Regiments Nr. 22 statt.

(Zu der morgen in Mainz) seitens des Mainzer Ruder-Vereins stattfindenden Regatta wurden von hier aus 50 Bilette telegraphisch bestellt.

(Badezüge.) Von heute an cursiren die im Sommerfahrplan vorgezeichneten Badezüge Nr. 193, Abgang von Karlsruhe 5⁰ Uhr Abends, und Nr. 196, Abfahrt von Marau 7⁰⁰ Uhr Abends.

(Markt.) Vom nächsten Montag, den 21. d. M. an wird der Markt an den bestimmten Tagen wieder auf dem Ludwigsplatz abgehalten werden.

(Die öffentliche Bedürfnisanstalt) an der katholischen Stadtkirche ist endlich entfernt worden, aber — man höre und staune — dieselbe soll nun bei dem dortigen Schulhause und zwar direkt neben dem Seiteneingang Aufstellung finden. Wir sind wirklich begierig zu erfahren, wer diesen „Kugeln“ Plan ausgedacht hat. Hoffentlich genügt diese Andeutung, um jene Bedürfnisanstalt, wenn man keinen passenderen Platz als an einer Kirche oder Schule für sie finden kann, ganz zu kasiren.

Kleine badische Chronik.

→ **Mannheim, 18. Juni.** Der Mannheimer Socialistenprozeß, welcher gegen A. Dreßbach und Genossen in Folge der Affaire im Württemberger Hof in Aussicht stand, soll sicherem Vernehmen nach niedergeschlagen worden sein und die Staatskasse die Kosten zu tragen haben. — In der Neckarvorstadt riß gestern ein kleines Kind in einem Augenblick, während es unbeaufsichtigt war, einen Topf mit lodendem Kaffee vom Ofen, bei welcher Gelegenheit sich die Flüssigkeit über das Kind ergoß und dasselbe verbrühte.

× **Appenweier, 18. Juni.** Das „Gasthaus zum schwarzen Adler“ wird mit 1. September in die Hände eines jungen Bierbrauers von Legelsdorf übergeben. Herr Werner will nämlich der Wirthschaft im Bahnhofhotel ungetheilt seine Kräfte widmen. Auch Gäste, welche der katholischen Volkspartei angehören, sind ihm da willkommen. Zum Zeichen dessen liegt der „Badiſche Beobachter“ zum Lesen auf.

© **Kürzell, 18. Juni.** Pfarrverweiser Strittmatter von Niederwasser, aus dem Kurze 1863, erhält die Pfarrei Kürzell.

* **Kehl, 17. Juni.** In dem zwischen Straßburg und Molsheim gelegenen Orte Düttenheim sind, wie man der „Bad. Wtsztg.“ schreibt, mehrere Familien in große Trauer versetzt worden. Am Dienstag Morgen fuhr ein Adersmann Namens Hedmann aus einer Grube, in welche er Latrinendünger aus Straßburg abgeladen hatte, Jauche auf's Feld. Als die Grube fast leer war, stieg er hinab, um den Rest herauszuschaffen, kaum jedoch war er unten, als er fürchterliche Schreie ausstieß und durch Stidluft betäubt zu Boden fiel. Ein junger Mann Namens Kopp stieg in die Grube, um dem Hilferufenden beizustehen. Derselbe fiel jedoch gleichfalls betäubt rüdtlings nieder. Ein Gleiches geschieht einem anderen jungen Manne, einem Schmiedgesellen. Auf das herzerreißende Schreien und Wehklagen begab sich auch noch ein in der Nähe wohnender Bäder in die Grube, welchen ein gleiches Schicksal traf. Nach vielen Anstrengungen endlich gelang es, die vier Männer aus der Grube zu schaffen, leider war der junge Kopp bereits eine Leiche und der 60 Jahre alte Hedmann starb in der darauffolgenden Nacht. Die beiden Uebrigen hofft man am Leben erhalten zu können.

* **Freiburg, 17. Juni.** Bei der heute Vormittag in der Fischereiausstellung in Berlin stattgehabten Verleihung der Preise wurde, laut hier eingetroffener Nachricht, dem Hrn. Oberbürgermeister Schuster von hier als Aussteller ein Ehrenpreis, eine goldene und eine silberne Medaille, zuerkannt.

Redacteur: Alois K. Fättner.

Freie Konferenz
im „Hirschen“ zu Bühl Dienstag, den
22. Juni, Nachmittags 2 Uhr.
Sender, Dekan.

